



Haushalt

Rund 2 Milliarden Euro neue Schulden auch in 2016

Am Mittwoch hat der Landtag mit den Stimmen der rot-grünen Koalition den Landeshaushalt für das kommende Jahr mehrheitlich beschlossen. Obwohl das Volumen des Haushalts von 66 auf 69 Milliarden Euro ansteigt, bekommt die Landesregierung die Verschuldung nicht in den Griff.

Leider fehlen im Haushaltsplan wichtige Impulse für die Entwicklung unseres Bundeslandes: Nur 32 Millionen Euro werden in den Neubau von Landstraßen investiert. Den Investitionsstau beim Breitbandausbau wird man nicht beheben. Es gibt keine nennenswerten Investitionen in die Bildung, obwohl dies durch die Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund in Höhe von 279 Millionen Euro möglich wäre. Und es fehlt weiterhin an einer Initiative zur Stärkung unserer Polizei und der Bekämpfung wachsender Kriminalitätsfelder, wie dem Wohnungseinbruch oder der Terrorbekämpfung und -prävention.

Die CDU hatte zur dritten Lesung einen Entschließungsantrag eingebracht, der unsere Vorstellungen für eine solide Haushaltspolitik zusammenfasst: <http://kurzlink.de/EntschA-Haushalt2016>.

Polizei

Fürsorgepflicht für dienstunfähige Polizeibeamte

Bayern und Schleswig Holstein machen es vor, NRW hinkt mal wieder hinterher: Wenn Polizisten im Dienst durch Dritte verletzt und im schlimmsten Fall dienstunfähig werden, beginnt für die Beamten oft eine Odyssee, um ihre Ansprüche geltend zu machen.

Wie kommt das Land seiner Fürsorgepflicht für Polizeibeamte nach, die dauerhaft dienstunfähig werden? Nachdem in den Medien über das Schicksal eines Oberkommissars aus Hamm berichtet wurde, wollte ich Hintergründe zur Versorgungssituation wissen. Leider gibt mit der Landesinnenminister keine Auskunft über die Anzahl der Fälle oder die Gründe für völlig differente Befunde von Amtsärzten und neutralen Gutachtern. In einem Antrag fordern wir nun u.a. die Übernahme von rechtskräftig festgestellten Schmerzensgeldansprüchen gegen Dritte durch den Dienstherrn. Mehr: <http://kurzlink.de/GG151218>.

Bundesparteitag der CDU

Christdemokraten geben klares Signal der Entschlossenheit

Beim Bundesparteitag wurde die „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“ verabschiedet. Die Forderungen der CDU Rhein-Erft zur Flüchtlingspolitik spiegeln sich darin wider.

Das klare Signal der Veranstaltung lautet: Wir stellen uns den großen Herausforderungen in der Flüchtlingshilfe. Wir werden den Terrorismus weiter entschlossen bekämpfen. Wir sind entschlossen, den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen spürbar zu verringern. Ein entsprechender Leitantrag wurde fast einstimmig beschlossen. Ich habe mit sieben weiteren Delegierten der CDU-Rhein-Erft am Bundesparteitag teilgenommen. Wir sind mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Näheres: <http://kurzlink.de/BPT16>.

Mein Team und ich wünschen Ihnen und Ihren Lieben ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein glückliches und erfolgreiches neues Jahr!

Die nächste Ausgabe erscheint am 15. Januar 2016.

